Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.

DGGPP e.V., Postfach 1366, 51657 Wiehl

Herrn Bundesminister Hermann Gröhe
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
11017 Berlin

Per FAX und per E-Mail

11. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Minister Gröhe,

wir haben Ihren Brief vom 05.01.2016 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Kenntnis bekommen und müssen zu unserem großen Erstaunen feststellen, dass Sie nur eine einzige Organisation als Kritiker der „Generalistik“ genannt haben.

Die ablehnenden Positionen der medizinischen Fachgesellschaften, d.h. der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und –psychotherapie e.V. (DGGPP), der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie e.V. (DGG) und der Kinder- und Jugendmedizin mit 13 zeichnenden Verbänden (s.u.), sind nicht genannt. Ebenso vermissen wir die Position der Altenpflege, die sich im Bündnis für Altenpflege aufgestellt hat und etwa Zweidrittel der Heime und ambulanten Dienste repräsentiert.

Sicherlich ist es der Kürze des Anhörungsverfahrens von 2 Wochen, dem Termin der Anhörung wenige Tage vor Weihnachten und der Vielzahl der ablehnenden Stellungnahmen geschuldet, dass die zuständigen Mitarbeiter der Ministerien Sie über die Anhörung nicht korrekt und zeitnah unterrichten konnten.

Zur Information über den Ablauf der Anhörung erlauben wir uns, die Pressemitteilung des Deutschen Berufsverbandes für Altenpflege e.V. (DBVA) beizufügen. Der in der Pressemitteilung geschilderte Verlauf wurde uns übrigens von anderen Sitzungsteilnehmern bestätigt.

Wir gehen davon aus, dass Sie unsere Stellungnahme noch nicht wahrnehmen konnten und legen Ihnen diese gerne bei.

Außerdem liegen uns noch kritische/ablehnende Positionen zum Referenten-entwurf vor von u.a.:

Geschäftsstelle

DGGPP e.V.
Postfach 1366
51657 Wiehl
Tel.: 02262/797683
Fax: 02262/999 9916
GS@dggpp.de

Vorstand

Prof. Dr. med. H. Gutzmann
Berlin
Präsident

PD Dr. med. M. Haupt
Düsseldorf
Vizepräsident

R. Kortus
St. Ingbert
Schatzmeister

Dr. med. D. K. Wolter
Flensburg
Schriftführer

Prof. Dr. med. G. Adler
Mannheim

Dr. med. B. Baumgarte
Gummersbach

Dr. med. L. M. Drach
Schwerin

Prof. Dr. med. T. Supprian
Düsseldorf

PD Dr. med. C. Thomas
Stuttgart

Wissenschaftl. Beirat

Prof. Dr. med. H. Förstl
München

Prof. Dr. med. G. Heuft
Münster

Prof. Dr. med. S. Kanowski
Berlin

Prof. Dr. med. H.-J. Möller
München

Prof. Dr. med. H. Radebold
Kassel

Bankverbindung

Deutsche Apotheker- und Ärztebank Saarbrücken
IBAN:
DE07300606010003626377
BIC-SWIFT:
DAAEDEDD

www.dggpp.de

Arbeitskreis Ausbildungsstätten für Altenpflege in der BRD, AAA
BAGSO
Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V., bpa
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Deutsche Akademie für Gerontopsychiatrie und –psychotherapie e.V., DAGPP
Deutscher Berufsverband für Altenpflege e.V., DBVA
Deutsche Gesellschaft für Geriatrie e.V., DGG (mit DGGPP)
Deutsche Krankenhausgesellschaft, DKG
Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e. V., DVLAB
Handeln statt Mißhandeln - Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V., HsM (mit DAGPP)
Nikodemus Werk e.V. - Dachverband für anthroposophische Alterskultur
ver.di
Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V., VDAB

sowie eine umfassende Position der Kindermediziner und Eltern:

Als Eltern, Kinder- und Jugendärzte, Kinderchirurgen und Kinderkliniken fordern wir den Erhalt der Kinderkrankenpflege in der Erstausbildung, weil gerade Kinder eine spezialisierte Pflege benötigen. Sollte die generalistische Pflegeausbildung realisiert werden, wären kranke Kinder eindeutig die Verlierer und damit Opfer der Pflegeausbildungsreform.

Unterzeichnet von:

Aktionskomitee Kind im Krankenhaus (AKIK, www.akik.de)
Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ, www.bvkj.de)
Bundesarbeitsgemeinschaft Kind und Krankenhaus (BAKuK, www.bakuk.de)
Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ, www.dakj.de)
Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie (DGKCH, www.dgkch.de)
Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ, www.dgkj.de)
Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP, www.dgkjp.de)
Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ, www.dgspj.de)
Deutscher Kinderschutzbund. Bundesverband (www.dksb.de)
Gesellschaft der Kinderkrankenhäuser und Kinderabteilungen in Deutschland (GKinD, www.gkind.de)
Initiative „Ich bin keine Fallpauschale“ (www.ichbinkeinefallpauschale.de)
Kindernetzwerk. Dachverband der Eltern-Selbsthilfe in Deutschland (www.kindernetzwerk.de)
Verband der Leitenden Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen Deutschlands (VLKKD, www.vlkkd.de),

Neben diesen Stellungnahmen von Bundesverbänden gibt es eine Vielzahl von Landes- bzw. Regionalverbänden und viele Einrichtungen, gerade auch im kirchlichen Bereich, die eine andere Position als die Bundesverbände vertreten. Auch diese stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Interessant ist, dass inzwischen sogar Befürworter der Generalistik nicht mehr sicher sind, ob das zu halten ist, was der Referentenentwurf als eines der wichtigen Ziele formuliert (in A. Problem und Ziel):

„Mit Blick auf den bereits heute bestehenden Fachkräftemangel ist daneben die nachhaltige Sicherung der Fachkräftebasis eine wichtige Aufgabe auch der Reform der Pflegeausbildung."

In einer Pressemitteilung des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung e.V. Dip vom 07.12.2015 ist zu lesen:

„Weidner weist darauf hin, dass „eine Reform, die wirklich etwas bewegen will, neben den Chancen immer auch offene Fragen mit sich bringt, sonst wär sie ja keine Reform"! ***So gäbe es noch Fragen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der Zahlen an Auszubildenden und Studierenden,*** *auf die Umsetzung der praktischen Ausbildung oder auf den Übergang der Absolventinnen und Absolventen in das Beschäftigungssystem nach der Ausbildung beziehen."*

Besser können Kritiker die Knackpunkte des mit dem Referentenentwurf vorgeschlagenen Weges in die Generalistik nicht beschreiben. Diese Punkte wurden auch im Rahmen eines Fachgespräches, an dem u.a. Staatssekretär Kleindiek vom BMFSFJ sowie der Abgeordnete Rüddel der CDU/CSU-Fraktion teilnahmen, am 30.11.2016 in Berlin ausführlich diskutiert.

Sehr geehrter Minister Gröhe, die DGGPP hat Sie in den vergangenen Jahren als zuhörenden und nachdenklichen Unterstützer der Gerontopsychiatrie gerade in der Diskussion um das neue Entgeltsystem kennengelernt. Im Rahmen des PSGII und der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes und der MDK-Begutachtung haben wir Sie als engagierten Sachwalter der Interessen von Demenzkranken und deren Angehörigen wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie recht herzlich bitten, den Referentenentwurf nicht ins Kabinett einzubringen, denn er wird den von Ihnen eingeleiteten Weg insbesondere für die Demenzpatienten nachhaltig gefährden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden dann weniger und nach 3 Jahren schlechter ausgebildete Berufsanfänger zur Verfügung stehen. Denn drei hochqualifizierte Fachberufe in der gleichen Zeit in einem Beruf auszubilden, ist ohne Kompetenzverlust nicht möglich.

Aus einer aktuellen Studie des Bundesinstitutes für Berufliche Bildung BIBB und einer Befragung von rund 8.000 Altenpflegschülern im Sommer 2015 durch unsere Fachgesellschaft wissen wir, dass der Pflegeberuf insgesamt durch die Generalistik nicht nur nicht attraktiver wird, sondern dass mehr als ein Drittel der heutigen Altenpflegeschüler unter „generalistischen Bedingungen" nicht die Ausbildung beginnen würden. Die überwiegende Mehrzahl (93%) der Altenpflegeschüler hat sich bewusst für die Altenpflege entschieden!

Schon heute fehlt in den gerontopsychiatrischen Einrichtungen Fachpersonal. In vielen der von den gerontopsychiatrischen Abteilungen betreuten Heimen wird die Personalsituation als dramatisch beschrieben. Der bpa geht von mehreren zehntausend unbesetzten Stellen aus.

Bitte verschärfen Sie diese Situation für die jetzt in der Pflege Tätigen und die von ihnen betreuten Pflegebedürftigen nicht weiter.

Wir möchten Sie bitten, aktiv zu werden, um eine transparente und ergebnisoffene Planung und Gesetzgebung für die durch den demografischen Wandel ausgelösten Probleme zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. med. Hans Gutzmann
Präsident der DGGPP

Nachrichtlich:

Herrn Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Volker Kauder MdB

Frau Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
Gerda Hasselfeldt MdB

Herrn Stv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Dr. Georg Nüßlein MdB

Frau Vorsitzende der AG Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Maria Michalk MdB

Herrn Bundesminister für besondere Aufgaben
und Chef des Bundeskanzleramtes
Peter Altmaier MdB

Mitglieder der AG Gesundheit der CDU/CSU-Fraktion

Mitglieder der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion

Die im Schreiben erwähnten Verbände und Organisationen